

Audio-Transkript

Stefan Kooths, Direktor Konjunktur und Wachstum und Vizepräsident, Kiel Institut für Weltwirtschaft, 15.12.2021

1. Was sind die wesentlichen Gründe für das Senken der Konjunkturprognose für dieses und nächstes Jahr?

Wir haben die Konjunkturprognose für das nächste Jahr um gut einen Prozentpunkt heruntergenommen, und das hat im Wesentlichen einen Grund, nämlich dass die vierte Welle der Corona-Pandemie doch noch etwas stärker auf die ökonomische Aktivität durchschlägt, als wir das vor drei Monaten gesehen haben. Ansonsten hat sich das Konjunkturbild gar nicht so stark geändert. Weiterhin belasten die weltweiten Lieferengpässe insbesondere die industrielle Aktivität.

Aber das hatten wir so auch schon in unserer Herbstprognose berücksichtigt. Insgesamt hat sich der Aufholprozess jetzt noch einmal um einige Monate weiter in die Zukunft verschoben. Und das macht sich dann in diesen recht deutlichen Revisionen bei den Jahreszahlen bemerkbar.

2. Wie ist die Haushaltspolitik der Ampel-Koalition vor dem Hintergrund der Konjunkturentwicklung zu bewerten?

Die Haushaltspolitik der Ampel Regierung besteht ja im Wesentlichen darin, sich jetzt schon die Möglichkeit zu verschaffen, in den folgenden Jahren höhere Defizite zu fahren, als sie eigentlich unter der jetzigen Regelung der Schuldenbremse zulässig wären. Dafür nimmt man jetzt einen großen Schluck aus der Pulle. Man verschafft sich Ausgabeermächtigungen schon heute, die eigentlich vorgesehen waren für die Notsituation der Coronakrise.

Das verlagert man jetzt, um damit eben zusätzliches Geld in den Folgejahren ausgeben zu können. Und die Begründung, dass man damit die Wirtschaft anschieben möchte, die verfängt nicht. Eine solche Finanzpolitik passt aber nicht in die gesamtwirtschaftliche Landschaft. Denn der Aufschwung ist weiterhin selbsttragend. Wir brauchen keine zusätzlichen konjunkturstimulierenden Maßnahmen. Das, was kürzlich ein Konjunktur-Booster genannt wird, ist im Zweifelsfall dann sogar destabilisierend.

Denn die Wirtschaft findet alleine wieder zur normalen Auslastung zurück. Und auch mit Blick auf die weiteren Jahre dürfen wir nicht vergessen: Die Wachstumskräfte werden schwächer aus der demografischen Entwicklung heraus. Zusätzlich strapazieren die Mehrausgaben für die Dekarbonisierung die Produktionsmöglichkeiten. All das droht am Ende, unsere Kapazitäten zu überlasten. Und deshalb brauchen wir jetzt eben vor allen Dingen eine Priorisierung der Ausgaben und nicht eine Politik, die sich immer mehr Ausgabenpielräume verschafft.

3. Die Verbraucherpreise sollen auch nächstes Jahr wieder um rund 3 Prozent steigen. Sehen wir einen Zeitenwechsel bei den Inflationsraten?

Im kommenden Jahr werden die Inflationsraten wieder sinken, allerdings nicht abrupt, sondern nur nach und nach. Zum einen bestehen weiterhin Engpässe fort, und auch noch nicht alle Kostensteigerungen sind bereits bei den Verbrauchern angekommen. Da ist also noch etwas in der Pipeline. Im Gesamtjahr werden wir dann wohl wieder einen Preisanstieg um die 3 Prozent sehen.

Erst im Jahr 2023 besteht dann die Aussicht auf Inflationsraten in der Nähe von 2 Prozent. Wenn wir auf die mittlere Frist schauen, dann sind aber längst nicht alle Inflationsrisiken vom Tisch. Ganz im Gegenteil, es hat sich ein inflationäres Umfeld aufgebaut und es kommt deshalb jetzt auch darauf an, dass die Geld und Finanzpolitik hier auf Preisstabilität achten. Und das kann die Geldpolitik umso besser, je weniger die Finanzpolitik ihrerseits auf die Tube drückt.